



II-4707 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

Bundesminister für Gesundheit
und öffentlicher Dienst
DR. FRANZ LÖSCHNAK

A-1014 Wien, Ballhausplatz 1
Tel. (0222) 66 15/0
DVR: 0000019

5. Juli 1988

Zl. 352.260/94-I/6/88

An den
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Leopold GRATZ

Parlament
1017 W i e n

2090 /AB

1988 -07- 06

zu 2147/J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Dillersberger, Dr. Stix,
Dr. Frischenschlager, Haigermoser haben am 19. Mai 1988 unter der Nr. 2147/J
an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Atommüll-Lager-
stätten in Tirol und Salzburg gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1) Trifft es zu, daß in Wörgl-Kleinsöhl, in Imst-Venetberg, in Matrei i.O.
bzw. in Mittersill im Pinzgau die Errichtung von Atommüll-Endlagerstätten
für das Reaktorzentrum Seibersdorf geplant ist?
- 2) In welchem Stadium befinden sich die Genehmigungsverfahren?
- 3) Bis wann ist mit der Inbetriebnahme der Einrichtungen zu rechnen?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Die Republik Österreich, seinerzeit vertreten durch das Bundesministerium für
Gesundheit und Umweltschutz, hat das Forschungszentrum Seibersdorf mit der
Entsorgung der in Österreich anfallenden radioaktiven Abfälle aus Medizin,
Forschung und Industrie beauftragt. Die zur Entsorgung (Zwischenlagerung und
Konditionierung) notwendigen Anlagen und Einrichtungen wurden am Standort
Seibersdorf errichtet. Seibersdorf kommt jedoch als Endlager für radioaktive
Abfälle aus verschiedenen Gründen nicht in Betracht.

- 2 -

Zur Klärung der sachlichen Voraussetzungen für eine Endlagerung radioaktiver Abfälle hat das damalige Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz im Jahre 1981 eine Studie über die "Endlagerung niedrig- und mittelaktiver Abfälle aus Krankenhäusern, Universitätsinstituten und der Industrie in Österreich" in Auftrag gegeben.

Die Frage der Standorte wurde von der "Arbeitsgruppe 3-Geologische Grundlagen" bearbeitet. Diese Arbeitsgruppe hatte die Aufgabe, aus Sicht der Erdwissenschaften geeignete Standortbereiche vorzuschlagen, wobei davon ausgegangen wird, daß radioaktive Abfälle nur untertags gelagert werden sollten. Unter den gemäß der Studie grundsätzlich in Frage kommenden Standortmöglichkeiten befinden sich auch die in der gegenständlichen Anfrage angeführten.

Die konkrete Eignung und Eingrenzung dieser Standorte kann erst nach Abschluß des hiezu erforderlichen weiteren Untersuchungsprogrammes festgestellt werden.

Zu Frage 2:

Derzeit ist kein Genehmigungsverfahren im Gange.

Zu Frage 3:

Der Terminplan für die Errichtung eines Endlagers für niedrig- und mittelaktive Abfälle, die im österreichischen Bundesgebiet auf Grund der Nutzung von Radionukliden in Krankenhäusern, Forschung und Industrie anfallen, sieht einen Zeitraum von sechs bis acht Jahren, gerechnet vom Abschluß der Standortuntersuchung, vor.

Friedl (Ja)